



ABÄNDERUNGSANTRAGANTRAG
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich
am 30.11.2017 zum Antrag 6.7

Wien, 29.11.2017

Solidarische Pflichtmitgliedschaft erhalten!

Die Sozialpartnerschaft in Österreich hat eine lange und funktionierende Tradition. Sie regelt nicht nur den Interessensausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen, sondern bringt wichtige Gesetzesänderungen auf den Weg und sorgt für den sozialen Frieden in unserem Land. Ihre Funktion und Aufgaben durch ein Rütteln an der solidarischen Pflichtmitgliedschaft in den Interessensvertretungen in Abrede zu stellen, ist ein Anschlag auf soziale Gerechtigkeit und schadet dem Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig.

Die solidarische Pflichtmitgliedschaft in den jeweils zuständigen Interessensvertretungen stellt die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg Österreichs dar und strahlt durch ihre Errungenschaften und Tätigkeit weit in die Gesellschaft hinein.

Rechtssicherheit wird sichergestellt: Durch gemeinsame Ausverhandlung der Kollektivverträge, werden die Interessen der ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenseite sichergestellt. Gleichzeitig gibt es durch den sozialpartnerschaftlichen Dialog in Österreich eine der geringsten Streikbereitschaftsquoten in Europa und sichert somit den Wirtschaftsstandort.

Qualitätssicherung im Ausbildungssystem: Die duale Ausbildung wird durch die Kammern sichergestellt. Von der Qualitätssicherung der Ausbildungsbetriebe über die Abnahme der Meisterprüfung bis hin zur Finanzierung von Fachhochschulen, nehmen die Kammern eine unverzichtbare Rolle in unserem Bildungssystem ein.

Sozialer Friede wird aufrechterhalten: Durch die Einbindung der Sozialpartner in den Gesetzgebungsprozess, die nur durch eine flächendeckende Mitgliedschaft möglich ist, wird ein frühzeitiger Interessenausgleich sichergestellt. Die Pflichtmitgliedschaft schützt jedoch nicht nur die Interessen von Erwerbstätigen, sondern auch jene von EPU's und KMUs gegenüber der Willkür von Großkonzernen.

Gleichzeitig müssen sich die Kammern als Interessensvertretungen auch geänderter Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft anpassen. Dafür heißt es gewachsene Strukturen zu hinterfragen und mit Demokratisierung und Transparenz einer modernen Gesellschaft Rechnung tragen.

Der SWV Österreich stellt daher folgenden Abänderungsantrag, und lädt alle Fraktionen des Wirtschaftsparlaments ein, diesen zu unterstützen:

Das Wirtschaftsparlament der WKÖ spricht sich im Zusammenhang mit den aktuellen Verhandlungen zur Bildung einer Koalition für die Beibehaltung des Erfolgsmodells einer solidarischen gesetzlichen Mitgliedschaft in allen Kammern aus.



Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Katarina Pokorny
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich